

RUNDSCHREIBEN NR. 20

Prot. Nr. 502898

An die Verteilerliste

Bozen, 23.9.2008

Bearbeitet von:
Dr. Paolo Zambotto / mm
Tel. 0471 63 51 00
vet@provinz.bz.it**Neue Bestimmungen im Bereich des Tierschutzes:**

1. Aktualisierte Version des L.G. vom 15. Mai 2000 Nr. 9 "Massnahmen zum Schutz der Tierwelt und zur Unterbindung des Streunens von Tieren"
2. Maßnahme der Ständigen Konferenz für die Beziehungen zwischen dem Staat, den Regionen und den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen vom 20. März 2008: Abkommen "Erstweilige Bestimmungen zur Ermächtigung zum Tiertransport"
3. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA/VI/6512-P vom 7.4.2008 "Regolamento (CE) n. 1/2005 – Trasporto di equidi in conto proprio – ulteriori chiarimenti."
4. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA 17428-P vom 28.8.2008 "Chiarimenti sull'applicabilità del Regolamento (CE) n. 1/2005 al trasporto non commerciale di uccelli d'affezione, da gabbia e da voliera"
5. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA 17429-P vom 28.8.2008 "Nota della Regione Puglia su 'Regolamento (CE) n. 1/2005 – Prime disposizioni per l'organizzazione dei corsi di formazione per conducenti e guardiani addetti al trasporto di equidi domestici o animali della specie bovina, ovi-caprina, suina o pollame' – richiesta chiarimenti"
6. Ministerialverordnung vom 6. August 2008: „Dringlichkeitsverordnung über Maßnahmen zur Kennzeichnung und Eintragung der Hundepopulation"

1. Aktualisierte Version des L.G. vom 15. Mai 2000 Nr. 9 "Massnahmen zum Schutz der Tierwelt und zur Unterbindung des Streunens von Tieren"

Bekanntlich wurde das genannte Landesgesetz mit der Zeit wiederholt abgeändert, letztlich durch Artikel 22 des L.G. vom 10. Juni 2008 Nr. 4 (sogenanntes Omnibusgesetz), das am 25.6.2008 in Kraft getreten ist. Für eine korrekte Kenntnis der eingangs erwähnten Bestimmung wird in der Anlage 1 eine Version derselben beigelegt, in der alle mittlerweile angefallenen Abänderungen berücksichtigt wurden, einschließlich der neuesten.

Folgend werden nur die jüngsten Abänderungen durch Artikel 22 des L.G. vom 10. Juni 2008 Nr. 4 kommentiert.

- Dem Artikel 4 wurde der Absatz 3bis hinzugefügt. Dieser wurde aus Gründen der Rechtspraxis fast gänzlich dem Artikel 18 der Durchführungsverordnung zum Landesgesetz, genehmigt mit D.L.H. vom 11. Juli 2005, Nr. 31 (unser Rundschreiben Nr. 28/2005), entnommen. Diese Durchführungsverordnung wird demnächst aufgrund der Neuordnung der Materie durch den genannten Artikel 22 des L.G. Nr. 4/2008 ebenfalls überarbeitet. Bei dieser Gelegenheit wurde auch Klarheit darüber geschaffen, dass die Person, welcher eine Katzenkolonie anvertraut wird, deren verantwortlicher Halter ist.





Dieser Umstand wurde vom Zivilgesetzbuch bereits für gezähmte Tiere festgelegt, also für jene Tiere, die in ihrem Ursprung wild sind, folglich frei in der Natur lebend, und dann das "mos revertendi" angenommen haben, also die Gewohnheit an jene Orte zurückzukehren, wo der Mensch ihnen Futtermittel und Unterschlupf bereithält. Durch das Bereitstellen von Futter nimmt die Person Besitz der Tiere an und wird ihrer verantwortlich. So dies für ursprünglich wilde Tiere gilt, so ist dies noch mehr für frei lebende Haustiere begründet, wie dies eben auch die in Kolonien lebenden Katzen sind.

- Nach Art 4 wurde zudem der Absatz 4bis eingefügt, welcher beinahe zur Gänze vom Art. 19 der obgenannten Durchführungsverordnung (D.L.H. vom 11. Juli 2005 Nr. 31) entnommen wurde. Das Erfordernis, die ursprünglich in einer Durchführungsverordnung enthaltenen Bestimmungen in einen Gesetzestext der autonomen Provinz einzufügen, kommt von der Notwendigkeit, auf Landesebene im Verhältnis zur nationalen Ebene Klarheit zu schaffen über die nötigen Regelungen zur Eindämmung der Stadtauben. Bekanntlich haben die nationalen Vorschriften schließlich zu unterschiedlichen und oft untereinander widersprüchlichen Interpretationen und Urteilen geführt. Laut einigen fallen die Stadtauben in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 11.2.1992, Nr. 157 (nationales Jagdgesetz), wodurch, aufgrund von Artikel 19, Absatz 2, desselben Gesetzes, sogar das Festlegen von Jagd-Abschussziffern selbst in den Gebieten mit Jagdverbot erlaubt ist. Laut anderen hingegen werden die Stadtauben, nachdem sie einer anderen Spezies (*Columba livia*) angehören als der jagdbaren Spezies wie die Ringeltaube (*Columba palumbus*), nicht in Jagdgesetzen abgehandelt. Dies hat mit der Zeit dort zu starken Unklarheiten über die Maßnahmen zur Eindämmung der Stadtauben geführt, wo diese Tiere ein sanitäres Problem oder ein Problem im Schutz der Kunstdenkmäler oder Umweltgüter darstellen. Kraft des Artikels 105 des Einheitstextes der Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut für Trentino-Südtirol, genehmigt mit D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, welches festlegt, dass die Staatsgesetze auf dem Gebiet der Provinz Bozen nur soweit Anwendung finden, bis ein Landesgesetz anders verfügt, beabsichtigt der Landesgesetzgeber für diese Provinz einen Fixpunkt zu den Rechtsvorschriften dieses Bereichs zu erstellen, wobei durch Anwendung von Artikel 4bis des L.G. Nr. 9/2000 die italienischen Gesetze zurückstehen. Insbesondere legt die Bestimmung fest, dass eventuelle Projekte zur Eindämmung der Stadtauben technisch unterstützt sein müssen, also eine einleitende Zählung der Tauben, die Beseitigung von Nistplätzen, die Verringerung der vorhandenen Nahrung und eine generelle Verringerung der Tragfähigkeit durch die Umwelt damit einhergehen müssen. Diese Eindämmungspläne können nur in Absprache mit dem gebietszuständigen tierärztlichen Dienst des Südtiroler Sanitätsbetriebes angewandt werden, dem daher der Gesetzgeber die Funktion als Garant der korrekten Anwendung der Eindämmungspläne und die damit verbundene große Verantwortung zugestanden hat, nachdem der Tierschutz eine der institutionellen Aufgaben des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebes ist.
- Die neue Formulierung des Artikel 5, Absatz 2, führt die Möglichkeit ein, den Tierschutzorganisationen Beiträge in der Höhe von bis zu 100 % der anerkannten zulässigen Spesen auch betreffend die Versicherung der Tierschutzpolizisten sowie für die Rückvergütung bei angeordneten Einsätzen zu gewähren.
- Bekanntlich legt die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport (unser Rundschreiben Nr. 35/2006) in Artikel 1 den eigenen Anwendungs- und Ausschlussbereich fest. Dabei wird in Absatz 2 erläutert, dass nur die allgemeinen Bestimmungen von Artikel 3 auch bei den in diesem Absatz aufgelisteten, partiellen Ausnahmefällen Anwendung finden. Währenddessen wird in Absatz 3 den Mitgliedsstaaten und in Italien, unter Anwendung der Reform des Artikel 117 der Verfassung durch das Verfassungsgesetz Nr. 3/2001, den Regionen und autonomen Provinzen zugestanden, „etwaige strengere einzelstaatliche Maßnahmen anzuwenden, die den besseren Schutz von Tieren bezwecken, die ausschließlich im eigenen Hoheitsgebiet befördert werden“. Artikel 1, Absatz 2, wird jedoch in Zusammenhang mit Artikel 34, Absatz 2, gelesen, der mit der Neuformulierung des Artikel 12 der Richtlinie 64/432/EWG in Absatz 5 festlegt, dass dieser Artikel 12 auf Transporte unter 65 km ab Versandort keine Anwendung findet. Nachdem der Artikel 1, Absatz 5, der Verordnung (EG) Nr. 1/2005



bekräftigt, dass sie **nicht für den Transport von Tieren gilt, der nicht in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt wird**, und somit dieser Transport auch nicht unter die allgemeinen Bestimmungen des Artikel 3 fällt, die teilweise jenen des Artikel 9, Absätze 1 und 2 des L.G. Nr. 9/2000 entsprechen, welche jedoch teils strenger sind als die Bestimmungen von Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005, und folglich absolut legitim laut obgenanntem Artikel 1, Absatz 3 der Verordnung selbst sind, wurde in Artikel 9 des L.G. Nr. 9/2000 der Absatz 3 eingefügt, der die Anwendung der Bestimmungen des selbigen Artikel 9 auf jene Transporte, die, wie oben aufgezeigt, nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fallen, vorschreibt und zugleich den Geltungsbereich der Verordnung selbst klärt. Daher finden für den Transport von Tieren auf Landesgebiet, der nicht in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt wird oder nur für die eigenen Tiere mit eigenen Transportmitteln auf einer Distanz von weniger als 65 km ab dem Versandort, berechnet als Jahresdurchschnitt der durchgeführten Transporte, ausschließlich die Bestimmungen des Artikel 9 des L.G. Nr. 9/2000 Anwendung. Für die Überwachung und die Strafen finden in diesen Fällen somit die Artikel 15 und 16, Absatz 1, Buchstabe a) des selben L.G. Nr. 9/2000 Anwendung und nicht das L.D. vom 25. Juli 2007, Nr. 151 (unser Rundschreiben Nr. 31/2007).

- Beim Überarbeiten von Artikel 11, Absatz 2, wurde das Rechtsgebilde der Konfiszierung durch den Bürgermeister auf Vorschlag des zuständigen Amtstierarztes jener Tiere eingefügt, die "unter Bedingungen gehalten (werden), bei denen die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit nicht mehr gewährleistet sind, (...) der sanitäre Status der Tiere unbekannt (ist) oder (...) ein Fall von Tierquälerei oder Aussetzen vor(liegt)". Diese Vorgangsweise erlaubt nun, unverzüglich zu reagieren, so z. B. in all jenen Fällen, wo Personen ihre Betteleien in Begleitung von Hunden ohne bekannten sanitären Status und oft ausländischen Ursprungs, wo die Tollwut noch immer vorhanden ist, ausüben, ohne diese Tiere gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 einschläfern zu müssen, oder in jenen "sozialen" Fällen, in denen die Tiere nicht korrekt gehalten werden, oder im Fall, dass aus verschiedensten Gründen (verwilderte Tiere, Probenverweigerer, usw.) der sanitäre Status der Tiere unbekannt ist, oder auch im Fall von Personen, die besonders aggressive Tiere halten, welche wiederholt Schäden an Personen oder anderen Tieren verursachen, ohne dass der Tierhalter dafür sorgt, dass das Tier keinen Schaden mehr anrichten kann. Die konfiszierten Tiere werden, sobald ihr sanitärer Status erhoben wurde, vom tierärztlichen Dienst des Sanitätsbetriebes im Fall von Tieren, welche der Schlachtung zuführbaren Gattungen angehören, der Versteigerung zugeführt und ansonsten weitergegeben. Nachdem in der Vergangenheit vorgefallen ist, dass Personen, deren Tiere entweder beschlagnahmt oder vom Richter konfisziert wurden, erneut Tiere unter den selben Bedingungen gehalten haben, erscheint äußerst wichtig, dass infolge der Konfiszierung die Haltung von Tieren verboten ist. Das Verbot hat eine Dauer von einem Jahr ab dem Tag der ersten Konfiszierung und wird bei einer erneuten Konfiszierung endgültig.
- Die Anlage betreffend Kriterien für die Obhut von Tieren unterlag folgenden Änderungen: für Schweine (Punkt 3) wurde die Pflicht eingeführt sie so zu halten, dass sie sich im Aufstallungsbereich ungehindert drehen können; hiervon darf nur bei Sauen im Zeitraum von einer Woche vor und zwei Wochen nach der Geburt abgewichen werden; auch für Pferde (Punkt 4) müssen die Einzelbuchten so groß sein, dass sich das Tier ungehindert umdrehen kann; die Bestimmungen zur Haltung von Reptilien und Schildkröten (Punkt 8bis) wurde hingegen zur Gänze dem Artikel 22 der Durchführungsverordnung (D.L.H. vom 11. Juli 2005 Nr. 31) entnommen und wurde aus Gründen der Rechtspraxis einfach nur verlegt, ohne Änderungen am Text vorzunehmen.

2. Maßnahme der Ständigen Konferenz für die Beziehungen zwischen dem Staat, den Regionen und den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen vom 20. März 2008: Abkommen "Erstweilige Bestimmungen zur Ermächtigung zum Tiertransport"

Das obige Abkommen (Anlage 2) wurde in der G.U.R.I. Nr. 118 vom 21.5.2008 veröffentlicht und



dem Direktor und den Koordinatoren der tierärztlichen Dienste des Südtiroler Sanitätsbetriebs bereits am 4.6.2008 zwecks Anwendung übermittelt.

Wir raten zur aufmerksamen Lektüre der Bestimmung, verweisen zugleich aber darauf, dass der Titel **"Erstweilige Bestimmungen ..."** lautet, und dass nach dem technischen Abschluss eine recht lange Zeit für den politischen Abschluss verstrichen ist und ein weiterer Zeitraum für die Veröffentlichung. In der Zwischenzeit hatte das Gesundheitsministerium erläuternde Schreiben erlassen über weitere Schwierigkeiten, die erst nach dem Abschluss des Abkommens aufgetreten sind. Obgleich der Inhalt der Schreiben mit den am meisten betroffenen Regionen abgesprochen wurde, geben sie Interpretationen, die nicht im Text des Abkommens enthalten sind, was im Gegenteil, nachdem das Abkommen erst nach Versenden der Ministerialschreiben veröffentlicht wurde, aus einem rein rechtlichen Gesichtspunkt zur Interpretation der verschiedenen Schwierigkeiten anhand des Abkommens geführt hätte. Wie jedoch gesagt, wurden diese Schreiben mit einigen stärker betroffenen Regionen abgesprochen, in Erwartung der Ergänzung des Abkommens, das an diesem Punkt überarbeitet werden muss, was sicherlich längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Alle genannten Ministerialschreiben wurden, sobald wir sie erhalten hatten, umgehend an den Direktor und an die Koordinatoren der tierärztlichen Dienste des Südtiroler Sanitätsbetriebs weitergeleitet mit der Bitte, ihren Inhalt an die Amtstierärzte zu verbreiten. **In Erwartung der Überarbeitung des Abkommens empfehlen wir mit Nachdruck ihre Anwendung, um eine unterschiedliche Behandlung der Bürger zu vermeiden in Bezug auf jene Regionen, mit welchen diese Schreiben abgesprochen wurden.**

Bekanntlich kommt die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zur vorher in den verschiedenen Mitgliedsstaaten geltenden Gesetzgebung hinzu, in Italien folglich zu den Artikeln 36 bis 39 des geltenden Veterinärpolizeireglements (V.P.R. - D.P.R. Nr. 320/54). Nachdem die mit Verordnung (EG) Nr. 1/2005 festgelegten strukturellen Anforderungen der Transportmittel auch die seinerzeit mit dem V.P.R. festgelegten Anforderungen enthalten, jedoch viel detaillierter sind, können die Artikel von 36 bis 39 des V.P.R. (D.P.R. Nr. 320/54) dort als indirekt aufgehoben erachtet werden, wo die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 Anwendung findet, während die Rechtsgültigkeit der bereits vorher geltenden Bestimmungen dort unverändert bleibt, wo diese Verordnung keine Anwendung findet. Auf diese Weise entstand aber ein nicht zu rechtfertigendes Missverhältnis zwischen jenen, die unter die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fallen, und jenen, die nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen. So beträgt die Gültigkeit der Zulassungsnachweise für gewerbliche Transporteure laut Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fünf Jahre, während sie für alle anderen laut Artikel 38 des V.P.R. (D.P.R. Nr. 320/54) nur ein Jahr betragen würde. Beim Erarbeiten des Staat-Regionen-Abkommens wurde dieses Problem erkannt und man versuchte es zu lösen, indem die Registrierungspflicht beim tierärztlichen Dienst des Sanitätsbetriebs für all jene beschlossen wurde, die Tiere transportieren und nicht oder nur teilweise in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fallen. Hierzu wurden die Anhänge G und H des Abkommens erarbeitet, welche laut Punkt 5 des Abkommens jedoch nur Faksimile sind, die jede Region oder autonome Provinz aufgrund der eigenen Bedürfnisse anpassen kann. Bei genauer Analyse wird aber evident, dass man mit einem einfachen Abkommen, das kein Akt mit Gesetzeskraft sondern nur eine einfache Weisung zur Anwendung einer Gesetzesbestimmung ist, für den Bürger keine Pflicht einführen kann. Auch wenn die Zulassungspflicht laut Artikel 36 des V.P.R. für jene, die zwar Tiere transportieren, aber nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fallen, kraft des Staat-Regionen-Abkommens nicht verfällt, trifft es dennoch zu, dass Artikel 19 des Gesetzes vom 7. August 1990, Nr. 241, festlegt, dass "in tutti i casi in cui l'esercizio di un'attività privata sia subordinato ad un'autorizzazione (...), il cui rilascio dipenda esclusivamente dall'accertamento dei presupposti e dei requisiti di legge, senza l'esperimento di prove a ciò destinate che comportino valutazioni tecniche discrezionali, e non sia previsto alcun limite o contingente complessivo per il rilascio degli atti stessi, l'atto di consenso si intende sostituito da una denuncia di inizio attività da parte dell'interessato alla pubblica amministrazione competente, attestante l'esistenza dei presupposti e dei requisiti di legge ...". Somit erfüllt die Zulassung laut Artikel 36 des V.P.R. alle Eigenschaften laut Artikel 19 des Gesetzes Nr. 241/90 und kann als durch die darin enthaltene Meldung des Tätigkeitsbeginns ersetzt erachtet werden, die weiterhin eine von einem Staatsgesetz ausgehende Bürgerpflicht bleibt. In der Zwischenzeit wurde der tierärztliche Dienst des Sanitätsbetriebes mit der Anpassung der Formulare laut Anhang G und H des Abkommens beauftragt, wobei außer der



Zweisprachigkeit auch die Bezugnahme zum Artikel 36 des D.P.R. Nr. 320/54, zum Artikel 9 des L.G. Nr. 9/2000 und zum Artikel 19 des Gesetzes Nr. 241/90 berücksichtigt wurde.

Man verweist auf die Zweckmäßigkeit, für die möglichen Straßenkontrollen eine Kopie der Eigenerklärung mit sich zu führen. Für jene, die in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fallen, besteht jedoch die Pflicht, den Befähigungsnachweis an Bord zu haben, und die entsprechende Nichteinhaltung wird durch das L.D. Nr. 151/2007 geahndet (unser Rundschreiben Nr. 31/2007).

3. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA/VI/6512-P vom 7.4.2008 "Regolamento (CE) n. 1/2005 – Trasporto di equidi in conto proprio – ulteriori chiarimenti.

Das genannte Schreiben (Anlage 3) ist eines jener Ministerialschreiben, die im vorhergehenden Punkt abgehandelt wurden. Es wurde vor Veröffentlichung des Staat-Regionen-Abkommens versendet, sein Inhalt wird aber in die Abänderung des Abkommens einfließen.

Es zeigt insbesondere auf, dass nicht nur der Transport von Pferden im familiären Umfeld, sondern auch jener unter Freunden nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fällt, nachdem es sich um Transporte ohne wirtschaftlichen Hintergrund handelt.

4. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA 17428-P vom 28.8.2008 "Chiarimenti sull'applicabilità del Regolamento (CE) n. 1/2005 al trasporto non commerciale di uccelli d'affezione, da gabbia e da voliera"

Auch dieses Schreiben (Anlage 4) verdeutlicht, dass der Transport von Vögeln durch Amateurzüchter, sei es direkt als auch über Sammeltransporte, nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 fällt.

5. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA 17429-P vom 28.8.2008 "Nota della Regione Puglia su 'Regolamento (CE) n. 1/2005 – Prime disposizioni per l'organizzazione dei corsi di formazione per conducenti e guardiani addetti al trasporto di equidi domestici o animali della specie bovina, ovi-caprina, suina o pollame' – richiesta chiarimenti"

Das genannte Schreiben (Anlage 5) gibt Erläuterungen über die Modalitäten des Ausstellens und der Registrierung des Befähigungsnachweises durch die Sanitätsbetriebe.

6. Ministerialverordnung vom 6. August 2008: „Dringlichkeitsverordnung über Maßnahmen zur Kennzeichnung und Eintragung der Hundepopulation“

Bekanntlich wurde die Hundekennzeichnung in der Provinz Bozen bereits durch das Dekret des Direktors des Landestierärztlichen Dienstes vom 5. Mai 2003, Nr. 31.12/86.31/1320 (unser Rundschreiben Nr. 18/2003), veröffentlicht im Amtsblatt der Region Nr. 21/I-II vom 27.5.2003, geregelt, dessen Übergangsbestimmungen am 11. Dezember 2003 verfallen sind.

Mit der genannten Ministerialverordnung (Anlage 6) beabsichtigt der Staat das Problem der fehlenden Hundekennzeichnung in einigen Regionen zu beseitigen. Man erinnert daran, dass laut Artikel 2, Absatz 5, des Legislativdekrets vom 16. März 1992, Nr. 266, über "Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für Trentino-Südtirol über die Beziehung zwischen staatlichen Gesetzgebungsakten und Regional- und Landesgesetzen sowie über die staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis", diese Ministerialverordnung, nachdem sie eine Dringlichkeit besitzt, auch in der Provinz Bozen Anwendung findet und dabei mindestens über jene Teile des obgenannten Dekrets vorherrscht, die anders geregelt sind.

Zwecks Umsetzung raten wir zur aufmerksamen Lektüre der Bestimmung und verweisen zugleich darauf, dass sich die obgenannte M.V. in einigen Punkten vom zuvor geltenden Dekret



unterscheidet, so z. B. in der Pflicht der Kennzeichnung mittels Mikrochip im zweiten Lebensmonat und nicht innerhalb von 90 Tagen ab Geburt, wie vom Dekret vorgesehen war.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Der Landesveterinärdirektor

- Dr. Paolo Zambotto -

Anlagen

1. L.G. vom 15.5.2000, Nr. 9
2. Abkommen vom 20.3.2008
3. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA/VI/6512-P vom 7.4.2008
4. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA 17428-P vom 28.8.2008
5. Ministerialschreiben Prot. Nr. DGSA 17429-P vom 28.8.2008
6. M.V. vom 6.8.2008

**Verteilerliste**

An den Direktor des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
Bozen

An den geschäftsführenden Verantwortlichen des Bereiches Tiergesundheit des tierärztlichen
Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
Bozen

An die Koordinatoren der Gesundheitsbezirke des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler
Sanitätsbetriebs
In ihren Sitzen

An die bediensteten Tierärzte des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs
In ihren Sitzen

Zur Kenntnis:

An den Landesrat für Landwirtschaft, Informationstechnik, Grundbuch und Kataster
Im Hause

An die Abteilung 31 Landwirtschaft
Im Hause

An das Amt 31.1 für Viehzucht
Im Hause

An das Amt 31.4 für ländliches Bauwesen
Im Hause

An die 22.0.1. Dienststelle Bergbauernberatung
Im Hause

An das Amt 32.4 für Jagd und Fischerei
Im Hause

An den Südtiroler Gemeindenverband
Bozen

An alle Bürgermeister der Gemeinden Südtirols
In ihren Sitzen

An die Quästur von Bozen
Bozen

An die Verkehrspolizeiabteilung Bozen
Bozen

An die Landeskompanie der Carabinieri
Bozen

An das Carabinierikommando NAS



Trient

An das Finanzpolizeikommando
Bozen

An das Veterinäramt für EU-Angelegenheiten von Trentino-Südtirol
Sterzing

An die konventionierten und Freiberufstierärzte
In ihren Sitzen

An das Landesveterinäramt in Trient
Trient

An den Landesbetrieb für sanitäre Dienste, Organisationseinheit für Hygiene und öffentliche
tierärztliche Gesundheit
Trient

An die Tierärztekammer der Provinz Bozen
Bozen

An die Südtiroler Tierzuchtverbände
Bozen

An das Kovieh
Bozen

An den Südtiroler Bauernbund
Bozen

An den Bauernverband der Provinz Bozen
Bozen

An die Tierschutzverbände
In ihren Sitzen

An die Vereinigung der Freizeitreiter- und Fahrer Südtirols
Eppan



CIRCOLARE N 20

Prot. Nr. 502898

Alla lista di distribuzione

Bolzano, 23.9.2008

Redatto da:
Dr. Paolo Zambotto / mm
Tel. 0471 63 51 00
vet@provincia.bz.it

Nuove disposizioni in materia di protezione degli animali:

1. Versione aggiornata della L.P. 15 maggio 2000 n. 9 "Interventi per la protezione degli animali e prevenzione del randagismo"
2. Provvedimento della Conferenza Permanente per i rapporti tra lo Stato e le Regioni e le Province Autonome di Trento e Bolzano 20 marzo 2008: Accordo "Prime disposizioni per l'autorizzazione al trasporto di animali"
3. Nota ministeriale prot. n. DGSA/VI/6512-P del 7.4.2008 "Regolamento (CE) n. 1/2005 - Trasporto di equidi in conto proprio - ulteriori chiarimenti."
4. Nota ministeriale prot. n. DGSA 17428-P del 28.8.2008 "Chiarimenti sull'applicabilità del Regolamento (CE) n. 1/2005 al trasporto non commerciale di uccelli d'affezione, da gabbia e da voliera"
5. Nota ministeriale prot. n. DGSA 17429-P del 28.8.2008 "Nota della Regione Puglia su 'Regolamento (CE) n. 1/2005 - Prime disposizioni per l'organizzazione dei corsi di formazione per conducenti e guardiani addetti al trasporto di equidi domestici o animali della specie bovina, ovi-caprina, suina o pollame' - richiesta chiarimenti"
6. Ordinanza ministeriale 6 agosto 2008 "Ordinanza contingibile ed urgente concernente misure per l'identificazione e la registrazione della popolazione canina"

1. Versione aggiornata della L.P. 15 maggio 2000 n. 9 "Interventi per la protezione degli animali e prevenzione del randagismo"

Com'è noto, la legge in oggetto ha subito, nel tempo, diverse modifiche, l'ultima delle quali ad opera dell'art. 22 della L.P. 10 giugno 2008, n. 4 (cd. Legge Omnibus), entrata in vigore il 25.6.2008. Al fine di avere una corretta conoscenza della disposizione in parola, se ne allega una copia integrata di tutte le modificazioni intercorse nel tempo (allegato 1), ivi compresa la più recente.

Qui di seguito verranno commentate solo le ultime modifiche intercorse in forza del succitato art. 22 della L.P. n. 4/2008.

- All'articolo 4 è stato inserito il comma 3 bis. Esso è stato ripreso, per motivi di tecnica legislativa, nella sua quasi integralità dall'art. 18 del Regolamento di esecuzione alla legge stessa, approvato con D.P.P. 11 luglio 2005, n. 31 (nostra circolare n. 28/2005), che verrà rivisitato totalmente nel prossimo futuro, anche a seguito del riordino della materia avvenuto con il succitato art. 22 della L.P. n. 4/2008. Con l'occasione si è fatto chiarezza sul fatto che la persona alla quale viene affidata la colonia felina ne è la





detentrica responsabile. Tale condizione è già stabilita dal codice civile per gli animali mansuefatti, cioè per quegli animali che originariamente selvatici, e quindi viventi in stato di naturale libertà, hanno poi acquisito il "mos revertendi" cioè l'abitudine a ritornare nei luoghi dove l'uomo mette loro a disposizione alimenti e ricoveri. Con la messa a disposizione del cibo, la persona se ne impadronisce e ne diventa pienamente responsabile. Se ciò vale per gli animali originariamente selvatici, a maggior ragione vale per animali domestici viventi in libertà, come sono appunto i gatti appartenenti alle colonie feline.

- Dopo l'art 4, è stato inoltre inserito l'art. 4 bis, che è stato quasi integralmente ripreso dall'art. 19 del succitato regolamento di esecuzione (D.P.P. 11 luglio 2005 n. 31). La necessità di trasferire ed integrare le disposizioni originariamente contenute in un atto regolamentare all'interno di un testo di legge di questa Provincia Autonoma deriva dalla necessità di fare chiarezza a livello provinciale, rispetto alla normativa nazionale, relativamente alla disciplina necessaria ai fini del contenimento delle popolazioni di colombi urbani. Infatti, com'è noto, la normativa nazionale ha dato origine a diverse interpretazioni e sentenze, spesso fra loro contrastanti, in base alle quali, secondo alcune, i colombi urbani rientrerebbero nel campo di applicazione della legge 11.2.1992, n. 157 (normativa nazionale sulla caccia), consentendo così, in base all'art. 19, comma 2 della stessa legge, di attuare perfino piani di abbattimento anche nelle zone vietate alla caccia. Secondo altre, invece, i colombi urbani, appartenendo essi ad una specie diversa (*Columba livia*) da quelle elencate fra le specie cacciabili, quale il colombaccio (*Columba palumbus*), essi non sarebbero disciplinati dalla normativa sulla caccia. Tutto ciò ha portato, nel tempo, a forti incertezze circa le modalità di intervento ai fini del contenimento delle popolazioni di colombi urbani, laddove queste costituiscono un problema sanitario o di tutela del patrimonio artistico o dell'ambiente. Il Legislatore Provinciale, forte dell'art 105 del Testo Unico delle Leggi Costituzionali concernenti lo Statuto Speciale per il Trentino Alto Adige, approvato con D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, che statuisce che nel territorio della Provincia di Bolzano trovano applicazione le Leggi dello Stato solo fino a quando non sia diversamente disposto con Legge Provinciale, ha inteso porre un punto fermo circa la normativa di riferimento per questa provincia in relazione a tale tematica, trovando applicazione a questo punto in provincia di Bolzano l'art 4 bis della L.P. n. 9/2000 a discapito della normativa statale. In particolare la norma stabilisce che eventuali piani di contenimento della popolazione siano tecnicamente suffragati, vale a dire supportati da censimenti preliminari della stessa, chiusura dei siti di nidificazione, diminuzione della disponibilità di cibo ed, in generale diminuzione della capacità portante dell'ambiente. Tali piani di contenimento possono essere adottati solo in accordo con il Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria territorialmente competente, al quale, pertanto, il Legislatore ha riconosciuto il ruolo, e la connessa grave responsabilità, di garante della corretta attuazione dei piani stessi, avendo il Servizio veterinario fra i propri compiti istituzionali la protezione degli animali.
- La nuova stesura dell'art. 5, comma 2, introduce la possibilità di riconoscere alle associazioni protezionistiche contributi fino al 100% della spesa riconosciuta ammissibile anche relativamente all'assicurazione delle guardie zoofile nonché per il rimborso degli interventi ordinati.
- Com'è noto, il Regolamento (CE) n. 1/2005, relativo alla protezione degli animali durante il trasporto (nostra circolare n. 35/2006), stabilisce all'art. 1 il proprio campo di applicazione e di esclusione, chiarendo al comma 2 che mentre solo le disposizioni generali di cui all'art. 3 trovano applicazione anche nei casi di parziale esclusione ivi elencati, al comma 3 consente agli Stati membri, e in Italia, vista riforma dell'art 117 della Costituzione intervenuta con la Legge Costituzionale n. 3/2001, alle Regioni e Province Autonome, di adottare "misure più vincolanti intese a migliorare il benessere degli animali durante i trasporti effettuati interamente sul loro territorio". L'art. 1, comma 2 va letto però assieme all'art. 34, comma 2, che alla riformulazione dell'art. 12 della direttiva 64/432/CEE, al comma 5 stabilisce la non applicabilità dell'art. 12 stesso ai trasporti inferiori ai 65 chilometri dal luogo di partenza. Poiché l'art. 1, comma 5 del Regolamento (CE) n. 1/2005 **sancisce la non applicabilità di tutto il regolamento stesso al**



trasporto di animali che non sia in relazione con un'attività economica, e dunque tale trasporto non sarebbe stato soggetto neppure alle disposizioni generali di cui all'art. 3, che in parte ricalcano quelle di cui all'art. 9, commi 1 e 2 della L.P. n. 9/2000, che sono però in parte più vincolanti rispetto a quanto stabilito dall'art. 3 del Regolamento (CE) n. 1/2005, e dunque perfettamente legittime ai sensi del succitato art. 1, comma 3 del regolamento stesso, all'art. 9 della L.P. n. 9/2000, è stato inserito il comma 3 che imponendo l'applicazione delle disposizioni di cui allo stesso art. 9 a quei trasporti che come sopra evidenziato non rientrano nel campo di applicazione del Regolamento (CE) n. 1/2005, ha chiarito nel contempo il campo di applicazione del regolamento stesso. Pertanto, per il trasporto di animali all'interno del territorio provinciale non in relazione ad attività economiche o effettuato esclusivamente per i propri animali con i propri mezzi di trasporto ad una distanza inferiore ai 65 Km dal punto di partenza, calcolata come media annuale dei trasporti effettuati, trovano applicazione esclusivamente le disposizioni di cui all'art. 9 della L.P. n. 9/2000. Per quanto concerne la vigilanza e le sanzioni trovano dunque applicazione in questi casi l'art. 15 e 16, comma 1, lettera a) della stessa L.P. n. 9/2000 e non il Decreto legislativo 25 luglio 2007, n. 151 (nostra circolare n. 31/2007).

- L'art. 11, comma 2 è stato rivisitato introducendo l'istituto giuridico della confisca da parte del sindaco, su proposta del veterinario ufficiale competente, "degli animali detenuti in condizioni tali da non garantire la pubblica sicurezza o l'igiene ovvero in caso di stato sanitario sconosciuto o di maltrattamento o di abbandono". Tale modalità consente ora di intervenire prontamente ad esempio in tutti quei casi dove persone sono dedite all'accattonaggio assieme a cani di stato sanitario sconosciuto e spesso provenienti da Stati esteri dove la rabbia è ancora presente, senza dover giungere alla soppressione degli animali, prevista dall'art. 14 del Regolamento (CE) n. 998/2003, o in tutti quei casi "sociali" dove gli animali non vengono tenuti correttamente o nel caso in cui, per i più svariati motivi (animali rinselvatichiti, rifiutarsi dei controlli sanitari etc.) gli animali risultino di stato sanitario sconosciuto o ancora nel caso persone detengano animali particolarmente aggressivi che ripetutamente provocano danni a persone o ad altri animali, senza che il detentore si curi di fare in modo che l'animale sia posto in condizione di non nuocere. Gli animali confiscati, una volta accertato il loro stato sanitario, vengono messi all'asta dal servizio veterinario se si tratta di specie macellabili o vengono dati in affidamento se si tratta di specie non macellabili. Poiché nel passato è accaduto che persone alle quali si era giunti a sequestrare animali o a confiscarli tramite l'intervento della Magistratura tornassero a detenere animali quanto prima, risulta di grandissima importanza il divieto di detenzione di animali che deriva dalla confisca. Esso ha la durata di un anno dalla data della prima confisca e diviene definitivo in caso di confische successive.
- L'allegato, relativo ai criteri per la custodia degli animali, ha subito le seguenti modifiche: per i suini (punto 3) è stato introdotto l'obbligo di detenzione in modo che si possano girare senza impedimenti nelle aree di detenzione, con l'unica eccezione delle scrofe da una settimana prima del parto a due settimane dopo il parto; anche per gli equini (punto 4) i box singoli devono essere tali da consentire all'animale di girarsi senza impedimenti. La disciplina della detenzione di rettili e tartarughe (punto 8 bis) è stata invece interamente ripresa dall'art. 22 del regolamento di esecuzione (D.P.P. 11 luglio 2005 n. 31) ed è stata semplicemente trasferita senza modificazioni nel testo di legge, per motivi di tecnica legislativa.

2. Provvedimento della Conferenza Permanente per i rapporti tra lo Stato e le Regioni e le Province Autonome di Trento e Bolzano 20 marzo 2008: Accordo "Prime disposizioni per l'autorizzazione al trasporto di animali"

L'accordo in oggetto (allegato 2) è stato pubblicato sulla G.U.R.I. n. 118 del 21.5.2008 ed è già



stato trasmesso ai responsabili e ai coordinatori del servizio veterinario aziendale il 4.6.2008 ai fini applicativi.

Nel mentre si invita ad un'attenta lettura del provvedimento, preme far notare che esso ha per titolo "**Prime disposizioni...**", e che dopo la sua conclusione in sede tecnica, ha atteso un periodo piuttosto lungo per essere varato in sede politica, ed un ulteriore periodo per la sua pubblicazione. Nel frattempo il Ministero della Salute aveva diramato delle note chiarificatrici di ulteriori vari problemi che si erano posti dopo la stipula dell'Accordo, che ancorché concordate con le Regioni più direttamente interessate, danno delle interpretazioni che non sono ricomprese nel testo dell'Accordo in parola, che anzi essendo stato pubblicato successivamente all'invio delle note stesse, avrebbe, da un punto di vista strettamente giuridico, riportato l'interpretazione dei vari problemi a quanto scritto nell'Accordo stesso. Come anzi detto, però, tali note sono state concordate con alcune Regioni più direttamente interessate, in attesa di essere integrate nell'Accordo stesso, che a questo punto dovrà andare incontro ad una revisione, che comporterà certamente tempi piuttosto lunghi. Tutte tali note, non appena in nostro possesso, sono state prontamente trasmesse al direttore del servizio veterinario aziendale ed ai coordinatori con preghiera di diramarne il contenuto ai colleghi territoriali e **se ne raccomanda l'applicazione in attesa della revisione dell'Accordo stesso, al fine di evitare un difforme trattamento dei cittadini rispetto a quelle regioni, con cui le note sono state concordate.**

Com'è noto, il Reg. (CE) n. 1/2005 si è andato a sovrapporre alla legislazione precedentemente vigente nei diversi Stati membri, dunque, in Italia, agli articoli da 36 a 39 del vigente Regolamento di Polizia Veterinaria (R.P.V. - D.P.R. n. 320/54). Poiché i requisiti strutturali dei mezzi di trasporto fissati dal Reg. (CE) n. 1/2005 ricomprendono quelli a suo tempo stabiliti dal R.P.V., rispetto ai quali sono molto più dettagliati, si può sostenere una abrogazione indiretta degli articoli da 36 a 39 del R.P.V. (D.P.R. 320/54), ovviamente laddove il Reg. (CE) n. 1/2005 trova applicazione, mentre resta inalterato il vigore giuridico delle norme previgenti laddove esso non si applica. In tal modo si è venuta a creare però una ingiustificabile sperequazione fra coloro che sono soggetti al Regolamento (CE) 1/2005 e coloro che non rientrano nel campo di applicazione dello stesso, nel senso che la validità delle autorizzazioni rilasciate a coloro che svolgono professionalmente l'attività di trasporto è di 5 anni ai sensi del Reg. (CE) 1/2005, mentre per tutti gli altri sarebbe stata solo di 1 anno, ai sensi dell'art. 38 del R.P.V. (D.P.R. 320/54). In sede di redazione dell'Accordo Stato-Regioni ci si è resi conto del problema e si è ritenuto di risolverlo disponendo l'obbligo di registrazione presso il servizio veterinario dell'Azienda sanitaria di coloro che trasportano animali e non rientrano, o rientrano solo parzialmente, nel campo di applicazione del Reg. (CE) n. 1/2005, e producendo a tal fine gli allegati G ed H dell'Accordo stesso, che ai sensi del punto 5 dell'Accordo costituiscono però solo dei fac-simile che ogni Regione e Provincia Autonoma può modificare secondo le proprie esigenze. Ad un'analisi attenta non sfugge però che non si può costituire un obbligo per il cittadino con un semplice accordo, che non è un atto avente forza di legge, bensì una mera indicazione applicativa di una disposizione di legge. A ben vedere però, se anche l'obbligo di autorizzazione di cui all'art. 36 del R.P.V. per coloro che pur trasportando animali non rientrano nel campo di applicazione del Reg. (CE) n. 1/2005 non è decaduto in forza dell'Accordo Stato-Regioni, è vero che l'art. 19 della legge 7 agosto 1990 n. 241, stabilisce che "in tutti i casi in cui l'esercizio di un'attività privata sia subordinato ad un'autorizzazione... (omissis), il cui rilascio dipenda esclusivamente dall'accertamento dei presupposti e dei requisiti di legge, senza l'esperimento di prove a ciò destinate che comportino valutazioni tecniche discrezionali, e non sia previsto alcun limite o contingente complessivo per il rilascio degli atti stessi, l'atto di consenso si intende sostituito da una denuncia di inizio attività da parte dell'interessato alla pubblica amministrazione competente, attestante l'esistenza dei presupposti e dei requisiti di legge...". Pertanto l'autorizzazione di cui all'art. 36 del R.P.V. ha tutte le caratteristiche previste dall'art. 19 della L. 241/90 e si può intendere sostituita dalla dichiarazione di inizio attività ivi contemplata, che resta comunque un obbligo per il cittadino sancito da una Legge dello Stato. Pertanto è stato dato incarico al Servizio veterinario aziendale di adeguare i moduli di cui agli allegati G ed H dell'Accordo in oggetto, prevedendo, oltre alla redazione bilingue, anche i riferimenti all'art. 36 del D.P.R. 320/54, all'art. 9 della L.P. 9/2000 e all'art. 19 della L. 241/90.



Preme far notare l'opportunità di recare con sé copia dell'autodichiarazione ai fini dei controlli che possono avvenire lungo la strada. L'obbligo di documentazione a bordo è invece sancito per coloro che rientrano nel campo di applicazione del Reg. (CE) n. 1/2005 e la relativa mancanza è sanzionata dal D.Lgs. n. 151/2007 (nostra circolare n. 31/2007).

3. Nota ministeriale prot. n. DGSA/VI/6512-P del 7.4.2008 "Regolamento (CE) n. 1/2005 – Trasporto di equidi in conto proprio – ulteriori chiarimenti.

La nota in oggetto (allegato 3) rientra fra quelle note ministeriali, di cui al punto precedente, diramate prima della pubblicazione dell'Accordo Stato-Regioni, ma il cui contenuto sarà integrato nelle modifiche all'Accordo stesso.

In particolare essa fa rilevare come il trasporto di cavalli effettuato non solo in ambito familiare, bensì anche nel gruppo amicale, non rientri nel campo di applicazione del Reg. (CE) n. 1/2005, trattandosi di trasporti effettuati al di fuori di qualunque regime commerciale.

4. Nota ministeriale prot. n. DGSA 17428-P del 28.8.2008 "Chiarimenti sull'applicabilità del Regolamento (CE) n. 1/2005 al trasporto non commerciale di uccelli d'affezione, da gabbia e da voliera"

Anche questa nota (allegato 4) chiarisce come il trasporto di uccelli operato da allevatori amatoriali, sia in maniera diretta che attraverso trasporti collettivi, non rientra nel campo di applicazione del Reg. (CE) n. 1/2005.

5. Nota ministeriale prot. n. DGSA 17429-P del 28.8.2008 "Nota della Regione Puglia su 'Regolamento (CE) n. 1/2005 – Prime disposizioni per l'organizzazione dei corsi di formazione per conducenti e guardiani addetti al trasporto di equidi domestici o animali della specie bovina, ovi-caprina, suina o pollame' – richiesta chiarimenti"

La nota in oggetto (allegato 5) fornisce dei chiarimenti circa modalità di rilascio e di registrazione del certificato di idoneità da parte delle Aziende sanitarie.

6. Ordinanza ministeriale 6 agosto 2008 "Ordinanza contingibile ed urgente concernente misure per l'identificazione e la registrazione della popolazione canina"

Com'è noto, l'identificazione dei cani nel territorio della Provincia di Bolzano era già stata disciplinata con decreto del Direttore del Servizio Veterinario Provinciale 5 maggio 2003, n. 31.12/86.31/1320, pubblicato sul B.U. n. 21/I-II del 27.5.2003 (nostra circolare n. 18/2003) e le relative norme transitorie erano scadute l'11 dicembre 2003.

Con l'ordinanza ministeriale in oggetto (allegato 6), lo Stato ha inteso risolvere il problema di mancata identificazione dei cani presente in alcune Regioni. Si ricorda che ai sensi dell'art. 2, comma 5, del Decreto Legislativo 16 marzo 1992, n. 266 recante "Norme di attuazione dello statuto speciale per il Trentino-Alto Adige concernenti il rapporto tra atti legislativi statali e leggi regionali e provinciali, nonché la potestà statale di indirizzo e coordinamento", tale ordinanza, essendo contingibile ed urgente, trova applicazione anche in Provincia di Bolzano, prevalendo sul succitato decreto quanto meno per le parti diversamente disciplinate.

Nel mentre ai fini applicativi se ne raccomanda un'attenta lettura, si fa notare come l'O.M. in oggetto si differenzi in alcuni punti dal decreto precedentemente vigente, quale ad es. l'obbligo di



identificazione mediante microchip nel secondo mese di vita e non entro 90 giorni dalla nascita, come previsto dal decreto.

Si rimane a disposizione per ogni ulteriore chiarimento.

Il Direttore del Servizio veterinario provinciale

- Dr. Paolo Zambotto -

Allegati

1. L.P. 15.5.2000 n. 9
2. Accordo 20.3.2008
3. Nota ministeriale prot. n. DGSA/VI/6512-P del 7.4.2008
4. Nota ministeriale prot. n. DGSA 17428-P del 28.8.2008
5. Nota ministeriale prot. n. DGSA 17429-P del 28.8.2008
6. O.M. 6.8.2008

**Lista di distribuzione**

Al Direttore del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Bolzano

Al Responsabile facente funzione dell'area Sanità animale del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Bolzano

Ai veterinari coordinatori degli Compensori sanitari del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Loro sedi

Ai veterinari dipendenti dal Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige
Loro sedi

Per conoscenza:

All'Assessore provinciale all'Agricoltura, Informatica, Libro fondiario e Catasto
Sede

Alla Ripartizione 31 Agricoltura
Sede

All'Ufficio 31.1 Zootechnia
Sede

All'Ufficio 31.4 Edilizia rurale
Sede

Alla 22.0.1. Consulenza tecnica per i contadini di montagna
Sede

All'Ufficio 32.4 Caccia e pesca
Sede

Al Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano
Bolzano

A tutti i Sindaci dei Comuni dell'Alto Adige
Loro sedi

Alla Questura di Bolzano
Bolzano

Alla Sezione Polizia Stradale di Bolzano
Bolzano

Al Comando provinciale Carabinieri
Bolzano

Al Comando Carabinieri NAS
Trento



Al Comando Guardia di Finanza
Bolzano

Ai veterinari convenzionati e liberi-professionisti della provincia di Bolzano
Loro sedi

All'Ordine dei medici veterinari della provincia di Bolzano
Bolzano

Al Servizio veterinario della Provincia autonoma di Trento
Trento

All'Azienda Provinciale per i Servizi Sanitari, Unità Operativa Igiene e Sanità Pubblica Veterinaria
Trento

Alle Associazioni zootecniche altoatesine
Bolzano

Alla Kovieh
Bolzano

All'Unione provinciale Agricoltori e Coltivatori diretti
Bolzano

Alla Federazione Provinciale Coldiretti Bolzano
Bolzano

Alle Associazioni per la Protezione degli animali
Loro sedi

All'Associazione turismo equestre dell'Alto Adige
Appiano